

[Zurück zur Seite der Veröffentlichungen](#)

CDU-Programmarbeit als Selbstverständigung und Angebot

(Einige Aspekte der CDU-Programmarbeit in ihrer Gründungsphase, in der DDR
und 1989/90)

(schriftliche Fassung eines Vortrages auf einer Veranstaltung des CDU-Kreisverbandes Magdeburg am
7. Oktober 2000)

Bearbeitungsstand vom 09. Oktober 2000

Anrede,

die CDU ist immer eine Programmpartei gewesen und wird immer eine Programmpartei sein. Daher ist es ein untrügliches Zeichen für die Qualität der Arbeit der CDU, inwiefern in ihren Reihen tatsächlich eine programmatisch inhaltliche Arbeit geleistet wird, die sich nicht nur in Tagespolitik erschöpft.

Anrede,

wagen wir einen kurzen Blick zurück. Im Gründungsauftrag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 26. Juni 1945 in Berlin heißt es:

„Das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran. Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrien, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeit für das selbständige Handwerk, das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu Selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind unerläßlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.“

Anrede,

die CDU als einzige Partei, die nach dem zweiten Weltkrieg gegründet wurde, begann ihre politische Arbeit mit einem Aufruf, der schon Grundlinien ihrer künftigen Politik beinhaltete. Im Gründungsaufwurf findet man schon folgende Hauptgedanken

- die Ablehnung des Klassendenkens und der sozialistischen Idee des Klassenkampfes
- die Ablehnung eines allmächtigen zentralistischen Einheitsstaates
- das Streben nach einer Volkspartei für alle gesellschaftlichen Gruppen
- der gesellschaftliche Aufbau auf der Grundlage der vorhandenen gesellschaftlichen Gruppen nach dem Subsidiaritätsprinzip, wobei die Familie als Urzelle der Gesellschaft die entscheidende Grundlage bildet.

Anrede,

interessant ist, daß schon im Gründungsaufwurf das Bemühen um einen gerechten Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital eine wichtige Rolle spielt. Das Ringen, hier nach einem klaren Konzept zu kommen, pflanzt sich über die folgenden Jahrzehnte fort und prägt bis heute unsere gesellschaftspolitische Diskussion. Für die Gründungsväter war klar: Die Arbeitgeber sollten zu einer der Arbeitsleistung und den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechenden Belohnung und Behandlung verpflichtet werden. Privateigentum wird bejaht, jedoch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums schon benannt. Interessant ist, daß angesichts der Erfahrungen aus der Weimarer Zeit und des Nationalsozialismus gefordert wird, monopolartige Schlüsselunternehmen unseres Wirtschaftslebens der Staatsgewalt zu unterwerfen.

Einen wichtigen programmatischen Schub erhielt die CDU durch die ihre Gründung als Bundespartei 1950, durch die Fassung des ersten Bundesprogramms 1953 in Hamburg und durch das Grundsatzprogramm 1978 in Ludwigshafen. Im Lichte der Wiedervereinigung Deutschlands und der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung entstanden dann 1991 das Dresdner Manifest und 1994 ein erneuertes Grundsatzprogramm.

Anrede,

In der sowjetischen Besatzungszone durchlebte die CDU eine stürmische Zeit. Gleich mehrfach wurden Funktionsträger von den Sowjets ausgetauscht. Dennoch steckte die Gleichschaltung der Parteien im 'antifaschistischen Blockausschuß' noch in den Kinderschuhen. Ein eigenständiger, programmatisch fundierter Weg der Ost-CDU schien möglich. Von 1945 bis zu seiner Absetzung 1947 führte Jakob Kaiser die CDU in der sowjetischen Besatzungszone. Er galt als Vertreter eines christlichen Sozialismus - einer religiös begründeten Theorie höherer Wohlfahrt. Wenn man sich die Gedanken dieser politischen Haltung heute betrachtet, erkennt man Parallelen zu linken sozialdemokratischen Positionen in der Gegenwart. Uns muß heute aber klar sein, daß erst der Zwang zur Anpassung die Idee eines christlichen Sozialismus in der DDR zu Grabe trug. Kaiser wurde so 1947 abgesetzt, weil er den Marshall-Plan begrüßte und die SED als undemokratisch ablehnte.

Anrede,

machen wir nun einen geschichtlichen Sprung in die DDR-Wirklichkeit, wie sie sich darstellte, nachdem der Führungsanspruch der SED und die Gleichschaltung der Blockparteien durchgesetzt waren

-Zitate aus den Anlagen 1, 2 und 3-

Anrede,

Sie sehen, mit Programmdiskussion kann man dieses nicht mehr bezeichnen. Die SED wußte, indem sie eine Programmdiskussion unter und in den Blockparteien verbot, daß sie damit ihre Lebensnerven traf und zerstörte. Was blieb eigentlich? Jegliche programmatischen Äußerungen von Blockparteien, und damit auch der CDU, hatten sich zwei Prinzipien zu unterwerfen

1. Anerkennung der sogenannten führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer selbsternannten marxistisch-leninistischen Vorhut der SED.

2. Anerkennung der Grundaussagen des Parteiprogramms der SED mit seiner Hauptaufgabe der „ständigen Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“.

Offizielle Verlautbarungen der Ost-CDU konnten daher nur darstellen, wie die Partei und ihre Mitglieder zur Erfüllung der Hauptaufgabe beitrugen. Dieser spezifische Beitrag war gewollt. Die Grenzen waren jedoch klar gezogen. Der CDU und ihren Mitgliedern wurde dabei zugestanden, daß sie sich nicht auf den dialektischen und historischen Materialismus als Begründungslinie verpflichten lassen mußten. Damit hatte es sich aber auch schon. Man findet daher sehr viele Beiträge von CDU-Mitgliedern auf allen Ebenen, unter dem Bibelvers: „Suchet der Stadt Bestes dahin ich Euch habe lassen wegführen und betet für sie zum Herren; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's euch auch wohl.“ (Jeremia,

Kapitel 29, Vers 7) gesetzt.

Anrede,

in vielen Interviews nach 1990 kann man nachlesen, daß langjährige CDU-Mitglieder angeben, auf diese Weise einen „eigenständigen Akzent“, einen „eigenen Beitrag“ geleistet zu haben. Freilich wurde auf Ortsverbandsebene - und so manches Mal auch darüber hinaus - freimütig und offen über die Schwächen des sozialistischen Alltags gesprochen, und es blieb immer das unbefriedigende Gefühl, nur ein bißchen an den Symptomen doktern zu können, jedoch die Grundlagen des Staats nicht anrühren zu dürfen und zu können.

Anrede,

es gab keine Programmarbeit zur DDR-Zeit in der CDU, aber es gab natürlich in vielfältigen Diskussionsbeiträgen immer wieder den Versuch, die lebenswichtigen Fragen der Gesellschaft in die öffentliche Diskussion einzubringen. Der Spielraum, was öffentlich sagbar war, mußte immer neu ertastet werden, und es gibt genügend tragische Beispiele von Personen, die diese Grenzen überschritten haben und sich anschließend wegen Staatsverleumdung oder staatsfeindlicher Hetze vor dem Gericht verantworten mußten, und auch drastische Strafen zu erleiden hatten.

Dieses alles ist mir nicht passiert. Ich will aber durchaus für mich reklamieren: Zum Beispiel auf einer Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Angehörigen kirchlicher Räte, Synodalen und Mitarbeitern in Kirchengemeinden am 2. September 1985 in Burgscheidungen in einem Diskussionsbeitrag zum Thema „Erziehung zum Frieden!“ auf die Gefahren der Militarisierung der Gesellschaft aufmerksam gemacht zu haben.

-Zitate aus Anlage 4-

Anrede,

Übrigens beinhaltet dieser Beitrag Elemente einer Rede, die ich am 24. 3. 1983 vor der Stadtbezirksversammlung Magdeburg-Südost gehalten habe, in deren Folge von der SED-Bezirksleitung meine sofortige Abberufung als Abgeordneter gefordert wurde. Es war also durchaus so, daß an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten das gleiche einmal bestraft und einmal ungestraft gesagt werden konnte.

-Zitate aus Anlage 5-

Anrede,

Programmdiskussion war dieses alles nicht. Ein entscheidender Impuls im Vorfeld der Programmdiskussion ging von der Ökumenischen Versammlung für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ aus, die in Etappen von 1987 bis 1989 tagte, und in ihrem Schlußdokument letztendlich wichtige Weichenstellungen auch für CDU-Programmarbeit leistete.

Auch im Kreisverband Magdeburg wurde diese Diskussion geführt, und ich selber kann mich noch gut erinnern, daß zum Beispiel auf Veranstaltungen gegenüber dem damaligen stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Wolfgang Heyl diese Diskussion immer wieder eingefordert wurde. Ich selber forderte in einem Brief vom Oktober 1988 Herrn Heyl auf, „die CDU möge wieder ein eigenes Parteiprogramm entwickeln. Die Parteiarbeit der CDU leidet - besonders an der Basis - darunter, daß viele Vorstellungen über den Weg, den unsere Gesellschaft gehen soll, nicht gezielt aufgegriffen, verallgemeinert und zur Willensbildung der CDU erhoben werden (können). Das Bedürfnis nach grundlegenden, aber auch verbindlichen Diskussion, ist weithin vorhanden und nimmt angesichts der Notwendigkeit, auch unsere Gesellschaft umzugestalten, von Tag zu Tag zu.“

Die CDU könnte mit dieser breit angelegten Aussprache über alle wichtigen Bereiche unserer Gesellschaft, die in ein Parteiprogramm einmündet, wieder Profil und damit auch an engagierten Mitstreitern gewinnen. (Sie wissen wahrscheinlich besser als ich, daß Ortsgruppenprogramme, Entschließungen und Vorschläge an staatliche Organe das Fehlen eines Parteiprogramms nicht ausgleichen können.) Die zusammenfassende Meinungsbildung müßte natürlich durch eine zu berufene Programmdiskussion begleitet werden, die Beschlußfassung durch einen Parteitag erfolgen. Die Zeit ist reif für diesen Vorschlag.“

Die Antwort vom 26. Oktober 1988 lautete: „Hiermit bestätigen wir den Eingang Ihres Briefes an Unionsfreund Wolfgang Heyl

Da Unionsfreund Heil gerade von einer Kur zurückgekehrt ist, bitten wir Sie um Verständnis, daß die Antwort auf Ihr Anliegen erst in einigen Tagen erfolgen kann.“ Dieses erfolgte nie.

Auf der sogenannten „Wolmirstedter Begegnung“ am 9. Februar 1989 habe ich diese Forderung in Gegenwart von Herrn Heil erneut erhoben. Die Zeit war offensichtlich noch nicht reif.

Die LDPD begann im Sommer ihre programmatische Diskussion. Der CDU-Hauptvorstand blockte weiterhin erfolgreich ab.

Anrede,

am 10. September 1989 wurde der Brief aus Weimar veröffentlicht. Dieser ist hinreichend bekannt, so daß ich an dieser Stelle mir Auszüge aus diesem Brief erspare. Was Sie aber vielleicht nicht kennen, ist ein Informationsbrief zum „Brief aus Weimar“ vom 10. 10. 1989 von Dr. G. Müller, dem späteren Landtagspräsidenten

Thüringens.

„Charakteristische Reaktionen aus Weimar“.

„● Der ‚Brief aus Weimar‘ ist Teil eines Meinungsbildungsprozesses, der an der Basis der Partei schon seit längerem bekannt ist. Es erreichen uns Klagen wie: Wir haben uns schon früher mit ähnlichen Gedanken und Vorschlägen an die Sekretariate der übergeordneten Parteivorstände gewandt. Dort wurden wir jedoch gar nicht ernst genommen bzw. beschwichtigt. In einigen Stellungnahmen heißt es sogar: Wir erhielten noch nicht einmal eine Antwort. Ein Unionsfreund zog den Schluß: Der Weimarer Brief, die mit ihm verbundene Diskussion, sollten dazu beitragen, die ‚verstopften Kommunikationsröhren von unten nach oben‘ zwischen Mitgliedschaft und Parteileitung wieder gängig zu machen.

● In diesem Zusammenhang hat uns sehr bewegt, was ein hochverdienter Unionsfreund an ein Mitglied der Parteileitung schrieb: ‚Es ist ja nun leider nicht so, daß Ihr in der Parteileitung auf das gehört habt, was Euch von verantwortungsbewußten Unionsfreunden intern und unter Einhaltung der Subordination gesagt wurde ... Nun kommen die Leute auf, die das nicht mehr begreifen und nicht mehr wollen.‘

● Immer wieder wurde zum Ausdruck gebracht: ‚Ich war schon zum Austritt entschlossen, nach dem ‚Weimarer Brief‘ will ich es aber noch einmal versuchen.‘ Allerdings wurde uns auch zu verstehen gegeben, wenn Euer Vorhaben scheitern sollte, ziehen wir die persönliche Konsequenz des Parteiaustrittes.

● Manche Unionsfreunde meinen, der ‚Brief aus Weimar‘ sei gerade noch so rechtzeitig bekannt geworden, daß die CDU neben der LDPD bestehen kann. Die offenen Worte von Manfred Gerlach werden hoch geschätzt und als Vorbild auch für die leitenden Persönlichkeiten unserer Partei angesehen. Die inzwischen im ‚Morgen‘ veröffentlichten Leserbriefe haben Gerlachs Äußerungen noch unterstrichen.“

In Magdeburg wurde die Diskussion aufgegriffen, u. a. durch den „Brief aus Reform“ vom 2. 10. 89, den Wolfgang Löw schrieb. Herr Löw greift in seinem Brief im wesentlichen die geführten Diskussionslinien auf, fordert den offenen Dialog auch in Magdeburg. Ein kurzer Auszug: „Gesteht man Fehler ein, so ist das nicht nur eine menschliche Geste, sondern zugleich auch die Verpflichtung, daß man bereit ist, aus dem Fehler zu lernen. In einem auf Kooperation beruhendem System ist es die Basis für Vertrauen. Dort, wo aber der Mut zur Wahrheit fehlt, gedeiht kein gegenseitiges Vertrauen. Wir liefern unseren Menschen, die mit ihren täglichen Erfahrungen den

pausenlosen Erfolgsmeldungen aus unseren Medien konfrontiert werden, den Westmedien förmlich aus, denn das dort vermittelte Bild scheint ihnen realer.“

Auch er fordert die Wiederaufnahme der Programmdiskussion, freilich auch im sozialistischen Vokabular. „Ich bin der Meinung, daß die CDU in diesem Programm voll die Kontinuität seit ihrem Gründungsauf Ruf bis heute wahren kann. Auf jeden Fall müssen wir die Losung - Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus - mit Leben erfüllen.“

Anrede,

der Stadtvorstand beschäftigte sich auf verschiedenen Sitzungen mit dieser Diskussion, und es kam auch zu entsprechenden Beschlüssen. Zum Beispiel wurde auf der Beratung des Stadtvorstandes am 30. Oktober 1989 beschlossen, den Brief aus Weimar zu begrüßen. Er stellte fest, daß er weitgehend die dargestellte Analyse, sowie die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen und Vorschläge, teile.

.

Anrede,

nebenbei gesagt, wurde auf gleicher Sitzung beschlossen, daß die CDU ihre Mitarbeit in den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ in Magdeburg einstelle.

Anrede,

Nun kam auch die Programmdiskussion im Berliner Hauptvorstand in Gange.

Der Hauptvorstand formulierte in seinem Aufruf für einen demokratischen Neubeginn am 22. November 1989, daß die CDU auf dem Wege der Erneuerung sei. Sie wolle auf neue Weise dem Volke dienen, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, d. h. die Anliegen des konzilianten Prozesses sollten die inhaltlichen Aufgaben, wie den ökumenischen Geist, seiner Arbeit bestimmen. Hauptforderungen waren

- eine erneuerte Verfassung, die frei ist vom festgeschriebenen Führungsanspruch und die im Frühjahr 1990 durch Volksentscheid beschlossen werden soll,
- ein Parteiengesetz,

- ein Wahlgesetz und

- eine sozialbestimmte und ökologisch verträgliche Wirtschaft, die auf der marktorientierten Eigenverantwortung der Betriebe aller Eigentumsformen beruht und die Lasten und Früchte der Arbeit gerecht verteilt, die erhöhte Sorge für Sozialschwache, für Behinderte, Kranke und Alte und den verstärkten Schutz der gesamten Schöpfung und allen Lebens, auch des ungeborenen, sichert.

Man sieht an dieser Stelle wieder, daß insbesondere das Ringen um die rechte und gerechte Wirtschaftsform, wie es schon im Gründungsaufwurf von 1945 manifestiert ist, erneut aufgenommen wird.

Anrede,

übrigens ist dieses vielleicht der interessanteste Teil der Programmarbeit. Die CDU errang von sich selbst Schritt für Schritt die Absage an alle neuen sozialistischen Experimente. Drei Zitate, die in sehr kurzer zeitlicher Reihenfolge entstanden, mögen dieses belegen:

Ein Zitat aus „Positionen der CDU für Gegenwart und Zukunft“ (Entwurf zur Diskussion) vom 28. Oktober 1999 noch vom alten Sekretariat erarbeitet. Dort heißt es:

„Die CDU ist eine Partei des Sozialismus auf dem Erbe sozial fortschrittlicher Bewegungen sowie dem Martyrium christlicher Antifaschisten aufbauend, hat die CDU ihre historische Entscheidung für den Sozialismus vollzogen“.

Im zweiten Entwurf vom 25. November 1989 heißt es: „Die CDU bekennt ihre Mitschuld an den gesellschaftlichen Deformationen, unter denen die Menschen in unserem Lande zu leiden haben. Sie tritt ein für eine humane und demokratische Gesellschaft, wie sie nach christlichem Verständnis einem Sozialismus entspricht.“

Mit Abschluß der Programmarbeit wird dann allen sozialistischen Experimenten eine klare Absage erteilt.

Anrede,

Programmarbeit der CDU fordert auch immer Ehrlichkeit der eigenen Haltung ein. So wie der Gründungsaufwurf von 1945 ein Schuldbekenntnis enthielt, so enthält die Präambel zum schon erwähnten Programmentwurf der CDU „Die CDU ist eine Partei, deren Politik auf christlichen

Grundwerten basiert, deren Mitglieder Demokraten sind und die Menschen aus einem breiten Spektrum unterschiedlicher konfessioneller sowie sozialer, liberaler und wertkonservativer Haltungen zu einer Union der Mitte zusammenführt. Sie gründet ihre Politik auf die humanistischen Werte der christlichen Tradition und der deutschen und europäischen Kultur. Sie strebt nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, nach Freiheit und sozialer Sicherheit. Das christliche Menschenbild gibt ihr das Fundament und den Rahmen für verantwortliches Wollen und Handeln

Mit der Gründung der CDU und ihrem Gründungsauftrag vom 26. Juni 1945 wurde ein Neuanfang in der deutschen Parteiengeschichte gesetzt. Es galt, die Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik zu überwinden, die den Machtantritt Hitlers ermöglicht hatte. Die CDU bewahrte das Martyrium christlicher Antifaschisten und nahm das Erbe der christlich-sozialen und pazifistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts auf. Über Trennendes hinweg praktizierte sie die Union der Konfessionen und die Gemeinschaft sozialer, liberaler und wertkonservativer Strömungen. Entgegen der Mahnung standhafter Demokraten, und trotz des mit großen Opfern verbundenen Widerstandes vieler verantwortungsbewußter Mitglieder, hat die CDU nach der Gründung der DDR den Weg in die wirtschaftliche soziale und moralische Katastrophe nicht verhindert. Vor dem deutschen Volk bekennen wir die Schuld unserer Partei: Sie hat die Diktatur mitgetragen. Wir haben zu Unrecht und Machtmißbrauch in der Öffentlichkeit geschwiegen. Die Führung unserer Partei hat das wache, freiheitliche und demokratische Gewissen der breiten Basis nicht beachtet. Die CDU hat heute ihre Mitschuld an der Fehlentwicklung der DDR zu tragen und zu bewältigen.“

Mit diesem Schuldbekenntnis konnte man schnell zur beschönigenden Formel kommen, die auch ich hin und wieder benutzt habe, daß wir alle zugleich „Opfer und Täter“ waren. Das heutige Mitglied des Bundestages und früherer stellvertretender Bezirksvorsitzender der CDU in Berlin, Herr Engler, beansprucht wie so viele anderer für sich „etwas bewegt“ zu haben. Der Preis war natürlich „Wer helfen wollte, wurde unvermeidlich Mittäter. Die Bilanz muß jeder für sich selber ziehen.“

Anrede,

verwoben mit der Berliner Diskussion ging auch die Programmdiskussion in Magdeburg weiter. So manche CDU-Mitglieder, die sich damals mit großem Engagement eingesetzt haben, stehen heute in Verantwortung in Stadt und Land. Einige, muß ich ehrlich sagen, haben wir aber auch auf dem Wege „verloren“. Programmdiskussion schärft das Gewissen, fordert auch den eigenen Standpunkt heraus, und so bin ich denjenigen nicht böse, die Anfang der 90er Jahre feststellten, die CDU im wiedervereinigten Deutschland ist nicht mehr ihre Partei, der Sozialismus, für den sie eingetreten sind, kommt nicht mehr vor. Wir wollen diese Meinungen achten und auch ehrlich anerkennen, daß Menschen in ihrer Biographie neue Erfahrungen machen, neue Erkenntnisse sammeln und auch sich in ihren Anschauungen wandeln. Dieser Prozeß soll von niemandem als opportunistisch oder „wendehälserisch“ bezeichnet werden. Der Mensch ist ein intelligentes Wesen - zumindest manchmal -, und er hat das Recht und die Pflicht aus Erfahrungen zu lernen.

Anrede,

Heute müssen wir eine Programmdebatte unter anderen Vorzeichen führen. Wir haben uns dabei den Folgen der Globalisierung und Individualisierung zu stellen. Beides bedeutet neue Freiheit. Der Einzelne löst sich aus Traditionen und festgefügtten Milieus. Dafür entstehen neue Zwänge. Mobilität und Flexibilität gehören dazu. Die Biografie eines Menschen wird zunehmend weniger von Schicht, Religion oder Geschlecht bestimmt. 'Werte an sich' scheint es nicht mehr zu geben. Die 'Mobilitätspeitsche' vertreibt Loyalität und Beständigkeit auch beim Wähler. Bindungsstreben und Opferbereitschaft auf Grund innerer Überzeugungen lassen spürbar nach. Eine Partei, die auf Grundwerten stützend agiert, steht vor dem Problem, daß diese an Resonanzfähigkeit beim Wähler verlieren. Die moderne Partei rückt so in das Spannungsfeld von *Programmatik contra Pragmatismus*.

In der Mediendemokratie wird Politik als Information und damit als Ware behandelt. Die Abnehmer dieser Ware sind wechselbereit und wollen umworben werden. Parteien fungieren zukünftig möglicherweise als reine Wahlkampfapparate, deren wichtigste Aufgabe es ist, die medienwirksame Aufttrittsfläche für Spitzenkandidaten sicherzustellen. Die Zeit des Lagerdenkens ist vorbei. Die Wähler wollen es so.

Aber ist da nicht noch mehr? Wo ist die normative Kraftquelle einer Partei? Hat die Partei als politische Ideengemeinschaft ausgedient? Die Geschichte der CDU und meine persönlichen Erfahrungen in der Wendezeit führen mich zu der Erkenntnis: Grundwerte geben den Halt, den es braucht, um Geschichte zu gestalten! Modernität und Grundüberzeugung bilden keinen Anachronismus. Es gibt in der Politik eine Alternative zur Substanzlosigkeit. Wenn man die Bibel einmal als Grundsatzprogramm der Christen bezeichnet, kommt man schnell dahinter, daß sich mit einer neuen Verpackung nicht zwangsläufig der Inhalt ändern muß. Die Devise könnte also lauten: Flexibilität statt Beliebigkeit!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anlage 1

Entschließung des 14. Parteitages der CDU

(12. bis 14. 10. 1977 Dresden)

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) ist eine politische Partei, in der sich christliche Bürger der DDR mit dem Ziel vereinen, aus christlicher Verantwortung und in demokratischer Verpflichtung für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes und für den Frieden der Welt zu wirken.

Die CDU ist eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

...

Die CDU fällt ihre politischen Entscheidungen im Interesse des werktätigen Volkes der DDR und der Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft, im Interesse des Friedens und des sozialen Fortschritts in der Welt. Mit solchem politischen Handeln wissen sich die christlichen Demokraten in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Konsequenzen christlicher Ethik, die für beständigen Frieden und das Wohl des Nächsten, für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit zu wirken gebieten.

Die unverrückbaren Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns der christlichen Demokraten sind

- Treue zum Sozialismus,
- vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft und
- Freundschaft zur Sowjetunion.

...

Das politische Wirken der CDU ist darauf gerichtet, den Sozialismus in unserem Lande planmäßig auszugestalten, ihn in der sozialistischen Staatengemeinschaft zu stärken und seine Position in der Welt festigen zu helfen; denn der Sozialismus ist der Humanismus unserer Epoche.

...

Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse, ihr sich vertiefendes Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten und die sich festigenden Beziehungen zwischen ihnen erhöhen die Ansprüche an die gesellschaftliche Mitarbeit und Mitverantwortung jedes Bürgers. Das erfordert, in Grundfragen der Politik und Moral den Standpunkt der Arbeiterklasse zu vertreten, sich eine sozialistische Denk- und Lebensweise, Wesenszüge sozialistischen Bewußtseins anzueignen und die politisch-moralische Einheit des Volkes auf der Grundlage der Ideale der Arbeiterklasse zu festigen.

Anlage 2

Grußadresse des Zentralkomitees der SED

an den 14. Parteitag der CDU

(Dresden 12. bis 14. 10. 1977)

Liebe Delegierte, verehrte Gäste!

Dem 14. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands entbiete ich im Namen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und auch persönlich freundschaftliche Grüße. Seinen Beratungen wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf.

Ihr Parteitag findet in einer Zeit statt, die vom wachsenden Einfluß des Sozialismus auf den Gang der Weltgeschichte geprägt wird.

...

Auf der Erkenntnis dieses Zusammenhangs beruht der wertvolle und hochgeachtete Beitrag der Mitglieder Ihrer Partei zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, für die der IX. Parteitag der SED den Kurs festlegte. Damit haben in unserem Lande auch Bürger christlichen Glaubens, die sich auf der Grundlage ihrer humanistischen Gesinnung zu den Idealen der Arbeiterklasse bekennen, als sozialistische Staatsbürger und als Bündnispartner der Arbeiterklasse Anteil am Aufbau des realen Sozialismus.

Anlage 3

Grußadresse an den Generalsekretär des Zentralkomitees

der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR,

Erich Honecker

(14. Parteitag, 12. bis 14. 10. 1977 Dresden)

...

Der IX. Parteitag der SED hat neue, unsere Zukunft bestimmende gesellschaftliche Aufgaben gestellt. In der weiteren planmäßigen Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und damit der Schaffung grundlegender Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus erblicken wir den Weg, das Wohl des Menschen und das Glück des Volkes immer besser zu verwirklichen. Täglich werden wir in der Überzeugung bestärkt, daß Sozialismus, Frieden, Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit und Geborgenheit für alle bedeutet; denn täglich aufs neue beweist unsere Gesellschaft Wirklichkeit, daß der Sozialismus als Gesellschaft des ganzen befreiten Volkes jeder anderen Ordnung überlegen ist. Erst im Sozialismus erhalten Christen Raum und Möglichkeit, ethische Anliegen ihres Glaubens in Übereinstimmung mit allen gesellschaftlichen Kräften zu praktizieren.

Ausgehend von diesen Erfahrungen, berät der 14. Parteitag der CDU die Aufgaben, die von den christlichen Demokraten in der neuen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung zu lösen sind.

...

Anlage 4

Erziehung zum Frieden

(Tagung Bürgerpflicht und Christenpflicht, Recht der Jugend auf Zukunft-Anliegen christlicher Demokraten, Bericht über die Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU mit Angehörigen kirchlicher Räte, Synodalen und Mitarbeitern in Kirchgemeinden am 2. September 1985)

Magdeburg ist meine Heimatstadt. Sie wurde wie viele andere Städte im zweiten Weltkrieg fürchterlich zerstört. Dies ist für mich Geschichte, nicht unmittelbares Erlebnis, aber ich stehe in dieser Geschichte und bin mit ihr in ihren Wirkungen verwoben. Heute mache ich selber Geschichte, indem ich mich an der Gestaltung dieser unserer Gesellschaft beteilige. Wir nennen das Mitverantwortung tragen wie geschieht da? Wir gehören als junge Christen unserer Partei zu Kirchen, „zu deren Programm im Prinzip die Sozialethik gehört“. (H. Blauert, Kirche inmitten der Herausforderung der Gegenwart)

Wir können also gar nicht anders, als diese Sozialethik zu verarbeiten, in gedanklicher und praktischer Auseinandersetzung in unsere Parteiarbeit einzubringen und sie durch unsere gesellschaftliche Mitverantwortung zum Teil unserer Staatspolitik werden zu lassen. So leisten wir einen eigenen, unverwechselbaren Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft, wie dies auch auf dieser Tagung wieder deutlich wird. Daß dieser Beitrag möglich, ja auch gewünscht ist, wissen wir, daß notwendig entstehende Spannungen und Widersprüche auszuhalten sind, wissen wir auch. Diese Aussage gilt nicht nur für Gebiete, auf denen wir traditionell in der Verantwortung stehen. Sie gilt für alle Bereiche unserer Gesellschaft.

Im letzten Jahr absolvierte ich wieder einmal einen vierteljährlichen Reservistendienst. In Vorbereitung der Kommunalwahlen wurde ich als Abgeordneter gebeten, politische Schulungen durchzuführen. Dabei erläuterte ich unsere Kommunalpolitik, unsere Bündnispolitik, die Politik unserer Partei sowie meine Ansichten zur Brisanz der gegenwärtigen Rüstungsrunde. Die letzteren sind wesentlich von kirchlichen Stellungnahmen beeinflusst. Mir wurde für diese Schulungen vor Soldaten und Unteroffizieren gedankt, weil Sachlichkeit und Offenheit politische Klarheit und Motivation fördern.

Ich möchte noch etwas auf die Erziehung zum Frieden eingehen. Auf diesen Veranstaltungen las ich aus Christa Wolfs, „Cassandra“: „Die Lage Europas ist doch heute grundlegend anders als in den dreißiger Jahren, vor dem Überfall Hitlers auf ungenügend darauf gerüstete Nachbarländer: Aber selbstverständlich hätten sie sich gegen diesen Gegner rüsten, sich gegen ihn verteidigen müssen: Da war Verteidigung sinnvoll. Selbstverständlich war Verteidigung gegen den Aggressor sinnvoll in Vietnam; selbstverständlich ist das Gewehr ein Mittel der Verteidigung und der Befreiung in einer Reihe südamerikanischer Länder, in denen Befreiungsbewegungen kämpfen. Ich aber bin Europäerin, Europa ist gegen einen Atomkrieg zu verteidigen. Es wird nur als Ganzes überleben oder als Ganzes zugrunde gehen: Die Existenz von Kernwaffen hat alle möglichen Verteidigungsstrategien für unseren kleinen Erdball ad absurdum geführt. (...) Wenn die atomare Gefahr uns an die Grenze der Vernichtung gebracht hat, so sollte sie uns doch auch an die Grenze des Schweigens, an die Grenze des Duldens, an die Grenze der Zurückhaltung unserer Angst und Besorgnis und unserer wahren Meinungen gebracht haben.“

Aus diesen Sätzen müssen politische Haltungen und Handlungen wachsen. Auch möchte ich an die geistige Nähe zur Vancouver-Erklärung des ÖRK erinnern, daß

- „sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen“,
- „die Christen erklären müssen, daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden“.

Diese Aussagen beschäftigen junge Leute. Wir sollten sie deshalb in unserer Partei noch deutlicher aufnehmen und dabei zugleich aus unserer gesellschaftlichen Erkenntnis die klare Benennung von Drohendem und Bedrohten, von Befürwortern und Gegnern der Abrüstung hinzufügen.

Gleichzeitig spüren wir aber, daß die bisherigen Strategien in ihrer Gültigkeit auslaufen und neue Wege zu eindeutig defensiven, selbststabilisierenden Rüstungsstrukturen eingeschlagen werden müssen (vgl. Prof. C. F. v. Weizsäcker, Wege in der Gefahr).

Wie praktizieren wir als Christen angesichts dieser Situation „intelligente Feindesliebe?“ Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Sicherheitspartnerschaft (vgl. C. Ordnung, Klarheit und Bündnis, Standpunkt 2/84) sind gewiß gangbare Wege. Solange aber hier keine deutlichen Fortschritte sichtbar sind, müssen wir erkennen und beachten, daß Jugendliche zwischen dem legitimen Anspruch unseres Staates auf Verteidigungsbereitschaft und den enormen Gefahren einer Friedenssicherung mit den uns bekannten Waffen und Strategien hin und her gerissen sind. Individuelle Zeichensetzungen wie zum Beispiel die Entwicklung für den Dienst ohne Waffen oder weitergehende Vorstellungen lösen nach meiner Ansicht nicht das gesellschaftliche Problem. Wir wollen sie aber, wo sie ehrlicher Ausdruck einer um Verantwortung für Gottes Schöpfung besorgten Haltung sind, ernstnehmen und aufnehmen. Zwischen diesen individuellen Zeichensetzungen und unserem bewußten Einordnen in die Friedenspolitik unseres Staates in all ihren Komponenten besteht eine gewisse dialektische Spannung. Sie gilt es, in Gesprächen aufzuarbeiten und fruchtbar zu machen. Es gibt viele gute Beispiele für diese gewiß schwierigen Diskussionen, aber in der Breite läßt die Gesprächsführung noch zu wünschen übrig. Das Jahr der Jugend sollte uns noch offener und sensibler für diese Fragen machen.

Anlage 5

Diskussionsbeitrag zur Stadtbezirksversammlung

Magdeburg-Südost

am 24. 2. 1983

Werte Abgeordnete, werte Gäste,

auf der heutigen Sitzung der Stadtbezirksversammlung möchte ich zu Ihnen nicht im Namen unserer Kommission sprechen; denn was ich zu sagen habe, halte ich zwar für richtig, es ist aber nicht mit den anderen Mitgliedern unserer Kommission abgesprochen. Es ist also nicht unbedingt in allen Details unser gemeinsamer Standpunkt. Ich möchte hier nicht meine Einschätzung der

politischen Lage darlegen. Da stimme ich mit meinen Vorrednern weitgehend überein. Ich möchte aus meiner Sicht einige Aspekte zum Friedensaufgebot der FDJ vortragen.

Das Friedensaufgebot der FDJ ist die derzeit umfassendste Initiative der Jugend der DDR auf den Gebieten der Ökonomie, des geistig-kulturellen Lebens, der sportlichen Betätigung und der Landesverteidigung. Es wird von nahezu allen Jugendlichen mitgetragen, ohne Unterschied von weltanschaulicher oder religiöser Haltung, sozialer oder nationaler Herkunft. Sie ist ein Zeugnis der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes.

Lassen Sie mich aus dem Friedensaufgebot einen Aspekt herausgreifen, zu dem ich Sie auffordere, zu versuchen, meinen Gedankengründungen nachzugehen: Es ist die Notwendigkeit des Schutzes unserer Heimat vor äußerer Aggression. Jeder, der sich hiermit beschäftigt weiß, und manche hier wissen das wohl besser als ich, daß große Teile der Jugend dieses Thema aufgreifen und engagiert diskutieren. Es geht den Jugendlichen schon unter die Haut, was da alles an Vernichtungswaffen bereit steht. Sie fragen danach, wie eine gerechte Welt - in unseren Augen ist das der entwickelte Sozialismus - erreicht und auch erhalten werden kann. Denkt man weiter, so kommt man zu einer großen Schwierigkeit: Wie kann man heute einen Staat verteidigen, „wenn es keine Proportionen mehr gibt, zwischen dem verursachten Schaden und den Werten, die man zu schützen sucht“. (Osservatore Romano, 3. 6. 1976, Dokument an die UNO). Unser Schriftsteller Hermann Kant drückt das so aus:

„Ich möchte wissen, was man mit Atomwaffen verteidigen könnte, und zwar so, daß sich die Sache dann gelohnt hätte - Bekommt man mehr Öl, und wozu bitte bekommt man es dann? Lohnte die Herrschaft über eine Wüstenei den Aufwand? Wie recht behält einer, der sein Leben nicht behält? Angenommen, es gäbe einen Sieger - von welchen Schwierigkeiten befreite ihn sein Sieg? Mit Kernwaffen kann man weder Kapitalismus noch Sozialismus errichten oder erzwingen, und beide kann man damit auch nicht so verteidigen, daß sich dann noch etwas mit ihnen anfangen ließe.“ (Junge Welt 5. 1. 82)

Kein Wunder, daß wir erkennen und beachten müssen, daß es viele Menschen, nicht nur Jugendliche gibt, „die zwischen dem legitimen Anspruch unseres Staates auf Verteidigungsbereitschaft und der Ausweglosigkeit einer Friedenssicherung“, die auf die Stärke der Waffen setzt, „hin- und hergerissen sind ... für diese Gewissensnot gibt es keine Patentlösungen“. (Hirtenbrief der kath. Bischöfe vom 1. 1. 1983)

Man kommt auf diesem Gebiet auch nicht mit Polemik weiter, wie es leider hin und wieder versucht wird. „Die Sehnsucht der Jugend auch unseres Landes nach Frieden“ und ihren Fragen, die gewiß oft nicht sauber genug formuliert sind, darf auf keinen Fall „mit Verdächtigungen“, sondern muß „mit Offenheit und Vertrauen begegnet werden“. (ebenda) Wir setzen sonst die Einheit der Friedensbewegung der DDR aufs Spiel.

Ihre Einheit ist ja gerade ihre Stärke. Versuche imperialistischer Kreise, hier gemeinsame Grundhaltungen auseinander zuzividieren gibt es genug.

Wir müssen zur Sicherung des Friedens und der Stärkung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes auf alle ehrlichen Stimmen hören. Kein einziger Gedanke darf hier verloren gehen. Dies gilt auch für die Warnungen an uns.

- Die unvorstellbaren Schrecklichkeiten eines Krieges in Mitteleuropa dürfen nicht von manchen Leuten verharmlost werden. Ich weigere mich, wie viele andere auch, anzunehmen, daß ich mit einem feuchten Tuch vor dem Mund und einer Plasttüte über den Kopf gestülpt, mit annehmbarer Sicherheit durch den 3. Weltkrieg kommen.
- Das Militärische darf in unserem Leben nicht überhand nehmen. Es hat eine nicht zu unterschätzende Eigendynamik.
- Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Erziehung der Jugend zum Denken in militärischen Kategorien die Gefahr fördert, gewaltsame Konfliktlösungen gewaltfreien vorzuziehen. Hier kann psychologischer Schaden angerichtet werden, der die Friedensfähigkeit nachfolgender Generationen schwächt.

Lassen sie mich hier den Schriftsteller Bruno Winzer zitieren - er ist bekannt als der Autor des im Verlag der Nation erschienenen Buches „Soldat in drei Armeen“:

„Ich plädiere deshalb für die Abrüstung der Spielzeugindustrie; eine Demontage, die keinen Staat militärisch schwächt - wohl aber moralisch stärken würde.“

So ist es z. B. seit dem 1. 12. 1979 in Schweden nicht möglich, Kriegsspielzeug zu kaufen.

Genug Beispiele.

Wir können, indem wir diese Fragen aufgreifen und ehrliche, tragfähige Lösungen suchen, die politisch-moralische Einheit unseres Volkes stärken. diese Einheit ist eine in ihrem Wesen zutiefst dialektisch zu verstehende Einheit, d. h., notwendigerweise mit Widersprüchen behaftet. Aus diesen Widersprüchen kann sie ja auch im Sozialismus ihre ungeheure Dynamik und Kraft entwickeln. Die Widersprüche sind ja von der Art, daß sie auf dem Boden des Sozialismus in der DR gelöst werden können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für meinen Beitrag, der wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit notwendig unausgewogen war.